

## **Steinbrück muss wegen Krippenausbau Nachtragshaushalt vorlegen**

AP - Donnerstag, 30. August, 15:40 Uhr Berlin (AP) Finanzminister Peer Steinbrück muss wegen der beschlossenen Milliardenausgaben für den Krippenausbau einen Nachtragshaushalt vorlegen. Das kündigte sein Ministerium am Donnerstag in Berlin an. Bei Prüfung der Bund-Länder-Vereinbarung sei man zu der Auffassung gelangt, dass ein solcher Schritt für die Einrichtung des geplanten Sondervermögens nötig sei. Der Nachtragsetat soll im Herbst nach der aktuellen Steuerschätzung vorgelegt werden.

Bund und Länder hatten sich am Dienstag darauf geeinigt, dass sich der Bund am Ausbau der Kleinkinderbetreuung auf 750.000 Plätze bis 2013 mit insgesamt vier Milliarden Euro beteiligt. Davon sollen 1,85 Milliarden ab 2009 aus der Umsatzsteuer zu den Betriebskosten beigesteuert werden. 2,15 Milliarden Euro sind für Investitionskosten bestimmt und sollen noch in diesem Jahr in ein so genanntes Sondervermögen eingezahlt werden.

Die Opposition hatte kritisiert, ein solcher Schritt sei ohne einen Nachtragshaushalt nicht möglich, schließlich handele es sich um neue milliardenschwere Ausgaben. Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Steffen Kampeter, begrüßte die «saubere Entscheidung» für einen Nachtragshaushalt. Damit werde die offenkundige weitere Senkung der Nettokreditaufnahme ebenso verdeutlicht wie das gute Verhandlungsergebnis von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) beim Krippengipfel.

Der Verfassungsrechtler Rupert Scholz hält den Kompromiss bei den Krippenkosten für «verfassungspolitisch hochproblematisch», wenn auch die genaue Konstruktion noch nicht entschieden sei. Die Mischfinanzierung des Betreuungsausbaus ungeachtet der Zuständigkeiten nannte er als Beispiel dafür, wie dringend Bund und Länder ihre Finanzbeziehungen neu regeln müssten. Der stellvertretende Vorsitzende des für eine rasche Föderalismusreform II werbenden Beraterkreises «Konvent für Deutschland, Klaus von Dohnanyi, nannte die «Übergangslösung» unter den heutigen Bedingungen tragfähig. Er zeigte sich zuversichtlich, dass für die Verteilung der Mittel ein verfassungsfester Weg gefunden werde.

FDP und Grüne bemängelte grundsätzlich Steinbrücks Finanzierungspläne für den Krippenausbau. «Die Bundesregierung will offensichtlich in einem fragwürdigen Eilverfahren die Steuermehreinnahmen verfrühstücken, anstatt die Kreditaufnahme zu senken», sagte Grünen-Haushaltsexpertin Anja Hajduk der «Berliner Zeitung». Dabei handele es sich um zweifelhafte Konstruktionen, die der richtigen Sache eher schaden als nützen. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Otto Fricke (FDP), sagte dem Bericht zufolge, dass es keine Gegenfinanzierung für die neuen Milliarden-Ausgaben des Bundes gebe.

**<http://de.news.yahoo.com/ap/20070830/tde-steinbrck-muss-wegen-krippenausbau-n-5b4e837.html>**